

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNISGRÜNE

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung,

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates
Sachsen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026
(Haushaltsgesetz 2025/2026 - HG 2025/2026)**

Der Haushalts- und Finanzausschuss möge beschließen,

dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs mit folgenden Änderungen zu empfehlen:

Nach § 2 Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, auf Grundlage des Artikel 109 Absatz 3 Satz 6 bis 9 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 94) geändert worden ist, bis zum Höchstbetrag der nach Artikel 109 Absatz 3 Satz 7 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 94) geändert worden ist durch Bundesgesetz für den Freistaat Sachsen festgelegten Höhe Kredite aufzunehmen.“

Begründung:

Durch die Änderung des Grundgesetzes (vgl. BT. Drs 20/ 15117) wird den Ländern im Rahmen des Grundsatzes ausgeglichener Haushalte die Möglichkeit eröffnet, Kredite im eng begrenzten Umfang aufzunehmen. Dadurch soll der schwierigen konjunkturellen Situation Deutschlands konzertiert entgegengewirkt werden.

Die Staatsregierung hat diese Änderung im Bundesrat unterstützt. Damit hat nun auch die sächsische Staatsregierung die Möglichkeit, im Land und in den Kommunen wichtige tragfähige, nachhaltig ausgerichtete und generationengerechte Investitionsentscheidungen und Transformations- und Anpassungsmaßnahmen solide auszusteuern.

Durch die Grundgesetzänderung wird den Ländern ein Verschuldungsspielraum von 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik eingeräumt,

dessen Ausgestaltung zunächst durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates konkretisiert werden muss.

Der Freistaat ist das am niedrigsten verschuldete Bundesland der Bundesrepublik. Durch die Ergänzung kann zügig die durch Bundesgesetz zu schaffende Möglichkeit nach Inkrafttreten des entsprechenden Bundesgesetzes im Freistaat aufgegriffen und damit Strukturen langfristig und nachhaltig gesichert und der Staatshaushalt insgesamt entlastet werden.

Dresden, den 30. April 2025



Franziska Schubert, MdL
und Fraktion